DP DEUTSCHE POLIZEI Baden-Württemberg

KI IN DER ARBEITSWELT

Entlastung ja – Entmündigung nein

Künstliche Intelligenz ist längst kein fernes Zukunftsthema mehr. Sie ist im Alltag angekommen – auch im öffentlichen Dienst. Texte lassen sich schneller erstellen, Informationen schneller aufbereiten, Routineaufgaben teilweise automatisieren. Wer KI sinnvoll nutzt, merkt sehr schnell, wie viel Zeit dadurch eingespart werden kann.


Foto: GdP BW

Ulf Dieter
stellvertretender Landesvorsitzender

Das ist zunächst einmal etwas Positives. Beschäftigte können entlastet werden. Zeit, die bisher für Routinetätigkeiten benötigt wurde, kann für anspruchsvollere Aufgaben genutzt werden. Prozesse können einfacher, schneller und vielleicht auch besser werden. Aber genau an diesem Punkt müssen wir als Gewerkschaft aufmerksam werden. Denn Entlastung und Entmündigung liegen näher beieinander, als man zunächst denkt. Solange KI ein Werkzeug ist, das Beschäftigte unterstützt, ist vieles gewonnen. Problematisch wird es dort, wo aus einem Vorschlag schleichend eine Vorgabe wird. Wo Beschäftigte nicht mehr prüfen, sondern nur noch übernehmen. Wo nicht mehr gefragt wird, ob ein Ergebnis richtig und nachvollziehbar ist, sondern nur noch, ob das System einen entsprechenden Vorschlag gemacht hat. Dann droht ein Verlust beruflicher Eigenständigkeit.

Gerade im öffentlichen Dienst darf Verantwortung aber nicht an technische Systeme delegiert werden. Entscheidungen müssen weiterhin von Menschen getroffen, verstanden und verantwortet werden. Wer eine Entscheidung treffen soll, muss auch in der Lage sein, sie fachlich zu beurteilen und gegebenenfalls einem technischen Vorschlag zu widersprechen. Deshalb braucht es klare Leitplanken.

Beschäftigte müssen das Recht haben, von KI-Vorschlägen abzuweichen. Sie müssen wissen, wie die Systeme funktionieren, wo ihre Grenzen liegen und welche Fehlerquellen bestehen. Qualifizierung darf sich deshalb nicht darauf beschränken, zu erklären, welche Knöpfe gedrückt werden müssen. Entscheidend ist vielmehr, dass Beschäftigte verstehen, was KI leisten kann – und was eben nicht.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, über den aus meiner Sicht noch viel zu wenig gesprochen wird. Bestimmte einfache Tätigkeiten werden durch KI künftig wahrscheinlich deutlich weniger werden. Standardtexte, Zusammenfassungen, Recherchen oder wiederkehrende Verwaltungsvorgänge lassen sich zunehmend automatisieren. Das wird Auswirkungen auf Arbeitsplätze haben.

Für vorhandene Beschäftigte bedeutet das vor allem eines: Qualifizierung, interne Wechsel und Beschäftigungssicherung müssen frühzeitig organisiert werden. Es wäre falsch, die Augen davor zu verschließen, dass sich Tätigkeitsprofile verändern werden. Noch spannender ist allerdings die Frage, was dies für neue Beschäftigte bedeutet. Viele Menschen haben ihren Beruf bislang über einfachere Aufgaben gelernt. Man hat klein angefangen, Erfahrungen gesammelt, Fehler gemacht und sich Schritt für Schritt an schwierigere Aufgaben herangearbeitet. Wenn KI künftig genau diese einfachen Tätigkeiten übernimmt, stellt sich die Frage: Wo lernen junge Beschäftigte eigentlich noch ihr Handwerk? Wir dürfen nicht zulassen, dass berufliche Lernwege verschwinden. Vielleicht müssen wir künftig anders ausbilden. Vielleicht müssen Lernphasen bewusster organisiert und Übungsräume geschaffen werden. Aber eines sollte klar sein: Wenn Beschäftigte am Ende nur noch auf fertige KI-Ergebnisse zurückgreifen, ohne die dahinterliegenden Prozesse zu verstehen, verlieren wir langfristig Fachwissen und Handlungssicherheit. Das wird spätestens dann zum Problem, wenn die Technik ausfällt, falsche Ergebnisse liefert oder ein Sachverhalt außerhalb des üblichen Standards liegt. Deshalb muss auch in einer digitalisierten Arbeitswelt ausreichend fachliche Grundkompetenz erhalten bleiben. Für Personalräte und Gewerkschaften ergibt sich daraus ein klarer Auftrag. Wir dürfen nicht erst dann beteiligt werden, wenn ein KI-System bereits beschafft und eingeführt wurde. Beteiligung muss vorher beginnen. Es geht dabei nicht nur um Datenschutz oder technische Fragen. Es geht um Arbeitsorganisation, Qualifizierung, Personalentwicklung, Leistungs- und Verhaltenskontrolle, Haftungsfragen und nicht zuletzt um Beschäftigungssicherung. Und wir sollten auch nicht so tun, als könne alles bleiben wie bisher.

Natürlich werden Arbeitgeber – auch im öffentlichen Dienst – danach fragen, wie Produktivitätsgewinne genutzt werden können. Das ist nachvollziehbar. Entscheidend ist aber, dass diese Produktivitätsgewinne nicht ausschließlich auf der Arbeitgeberseite ankommen. Wenn KI-Arbeit erleichtert und Zeit spart, müssen auch Beschäftigte davon profitieren: durch Entlastung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Zeit für anspruchsvolle Aufgaben und durch neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Für mich lautet deshalb die entscheidende Frage nicht, ob wir KI wollen oder nicht. Diese Diskussion ist längst überholt. Die entscheidende Frage lautet: Wie gestalten wir ihren Einsatz? Nicht technikfeindlich. Nicht blauäugig. Sondern mit einer klaren gewerkschaftlichen Haltung. KI darf uns unterstützen. Sie darf uns Arbeit abnehmen. Sie darf Prozesse verbessern. Aber sie darf uns nicht das Denken abnehmen. Denn am Ende muss der Mensch entscheiden können – und auch widersprechen dürfen. KI darf uns entlasten, aber sie darf uns nicht entmündigen. ▮

ERNENNUNG VON 140 POLIZEIOBERMEISTERINNEN UND POLIZEIOBERMEISTERN

Vertreter des geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) waren dabei

Markus Glock
stellvertretender Landesvorsitzender

An den fünf Ausbildungsstandorten in Baden-Württemberg fanden Ende August die Ernennungsfeierlichkeiten statt. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) war regelmäßig zu den Feierlichkeiten eingeladen. Mit unserer Anwesenheit möchten wir nicht nur unsere Glückwünsche übermitteln, sondern ein wertschätzendes Zeichen setzen: Die GdP begleitet die Beamtinnen und Beamten in Ausbildung von ihrem Eintritt in die Gewerkschaft – meist zu Ausbildungsbeginn – bis zu ihrer Ernennung und darüber hinaus. Eine Bindung und Aufnahme in die neuen Bezirksgruppen ist daher ein zentrales Thema der GdP im Land.

Bei den Feierlichkeiten waren an den einzelnen Ausbildungsstandorten auch Vertreter des Innenministeriums sowie Mitglieder des Landtages zugegen. Die anwesenden Spitzen der Polizei gaben dem Anlass eine hohe Bedeutung: Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz (Biberach), Ministerialrätin Ströbele (Herrenberg, Lahr und Wertheim) sowie Landeskriminaldirektorin Zarges (Bruchsal) gehörten zu den Ehrengästen. Die Anwesenheit der GdP-Vertreter zeigt auch der Polizeiführung: Wir sind da, wir unterstützen – aber wir werden auch weiterhin Stellung zugunsten unserer Kolleginnen und Kollegen beziehen.



Foto: GdP BW (KI-generiert)

Unsere Landeskassiererin Ruth Wörhrle-Haas vertrat die GdP am IBA Lahr; die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden teilten sich die weiteren Standorte unter sich auf. Ulf Dieter war in Herrenberg zugegen, Carsten Beck in Biberach und Markus Glock repräsentierte die GdP in Wertheim und Bruchsal.

Einen herzlichen Glückwunsch auch auf diesem Wege nochmals an alle neu ernannten Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeister vonseiten eurer Gewerkschaft. Wir sind für euch da! ▮



PRAKTIKUM BEI DER GdP

Vom GdP-Zeltlager am Bodensee zum dualen Studium

Redaktion

Foto: DZiegler/Adobestock

Noah kennt die Gewerkschaft der Polizei bereits seit vielen Jahren. Schon als Jugendlicher nahm er mehrfach an der Jugendfreizeit der GdP im Zeltlager am Bodensee teil. Damals standen Gemeinschaft, Freizeit und das gemeinsame Erlebnis im Mittelpunkt.

Inzwischen hat sich sein Blick auf die GdP verändert. Aus dem Teilnehmer einer GdP-Jugendfreizeit wurde für vier Wochen ein Praktikant in unserer GdP-Geschäftsstelle in Mannheim.

Während seines Berufspraktikums erhielt Noah einen umfassenden Einblick in die tägliche Arbeit unserer Gewerkschaft. Dabei konnte er selbst aktiv mitarbeiten und verschiedene Aufgaben übernehmen. Zu seinen Tätigkeiten gehörten insbesondere:

- Erstellung und Gestaltung eines Newsletters für die GdP
- Unterstützung bei der Gestaltung und Bedruckung verschiedener GdP-Materialien
- Einblicke in die Aufgaben, Strukturen und Tätigkeitsfelder der Gewerkschaft der Polizei
- Kennenlernen der Arbeitsabläufe und Organisation unserer Geschäftsstelle
- Mitarbeit bei allgemeinen Büro- und Verwaltungsaufgaben

Foto: GdP MA (KI-generiert)



Damals und heute: Noah auf dem linken Foto zusammen mit seinem Bruder Samuel und dem Campleiter Thomas Mohr und heute im Büro der GdP-Geschäftsstelle in Mannheim.

Die vier Wochen haben Noah damit eine ganz andere Seite der GdP gezeigt. Er konnte erleben, wie gewerkschaftliche Arbeit organisiert wird und wie vielfältig die Aufgaben hinter den Kulissen sind.

Für uns war es besonders schön, einen ehemaligen Teilnehmer unserer Jugendfreizeit Jahre später als Praktikanten in der Geschäftsstelle begrüßen zu dürfen.

Nun beginnt für Noah der nächste Abschnitt. Nach seinem vierwöchigen Praktikum startet er sein duales Studium.

Wir bedanken uns bei Noah für seine Unterstützung und sein Engagement in den vergangenen Wochen und wünschen ihm für sein duales Studium viel Erfolg, interessante Erfahrungen und einen guten Start in diesen neuen Lebensabschnitt.

Vielleicht kreuzen sich seine Wege und die der GdP auch künftig wieder. ▮

VORSORGEVOLLMACHT BEIM LBV

Rechtzeitig handeln

Zwei aktuelle Sterbefälle im Bereich der Polizei haben gezeigt, wie wichtig eine Vorsorgevollmacht beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) Baden-Württemberg ist. In beiden Fällen lag keine entsprechende Vollmacht vor.

Krankheit, Unfall oder Tod können dazu führen, dass Beschäftigte oder Versorgungsempfänger ihre Angelegenheiten gegenüber dem LBV nicht mehr selbst regeln können. Ohne wirksame Vollmacht dürfen Angehörige oder andere Vertrauenspersonen nicht ohne Weiteres tätig werden.

Mit dem Vordruck 319a kann eine Vertrauensperson für folgende Bereiche bevollmächtigt werden:

- Besoldungs-, Versorgungs- und Entgeltangelegenheiten
- Beihilfe- und Heilfürsorgeangelegenheiten



Das LBV empfiehlt eine vollumfängliche Vorsorgevollmacht. Die bevollmächtigte Person kann bei Bedarf eigene Zugangsdaten für das Kundenportal erhalten. Die bisherigen Zugangsdaten dürfen nicht übernommen werden.

Liegt keine Vollmacht vor, müssen Vertretungs- oder Erbenrechte beispielsweise durch einen Erbschein, ein eröffnetes Testament oder eine notariell beglaubigte Vollmacht nachgewiesen werden. Das verursacht Kosten und kann mehrere Wochen oder Monate dauern. Bis zur Klärung kann das LBV keine Angelegenheiten für eine andere Person bearbeiten.

Der Vordruck 319a steht kostenlos auf der Internetseite des LBV zur Verfügung. Er kann über das Kundenportal hochgeladen oder per Post eingereicht werden. Die Vollmacht sollte ausgefüllt und unterschrieben werden, solange die vollmachtgebende Person selbst wirksam handeln kann.

Wichtig ist außerdem: Die LBV-Vorsorgevollmacht ersetzt keine Bankvollmacht. Banken können eigene Vollmachtsformulare verlangen.

Die GdP-Seniorengruppe empfiehlt allen volljährigen Beschäftigten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, ihre Vorsorge jetzt zu prüfen. Das Ausfüllen dauert nur wenige Minuten. Im Ernstfall erspart eine hinterlegte Vollmacht den Angehörigen erhebliche organisatorische und finanzielle Belastungen.

Walter Burkart und Martin Zerrinius

STELLUNGNAHME ZUR PETA-ANZEIGE

Diensthunde und Dienstpferde: hoher taktischer Einsatzwert für unsere Polizei

Die Ausschreitungen beim DFB-Pokalspiel zwischen dem SV Waldhof Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern haben erneut eine Diskussion über den Einsatz von Diensttieren ausgelöst. Nachdem während des Einsatzes Pyrotechnik unmittelbar neben einem Polizeipferd explodierte, kündigte die Tierschutzorganisation PETA rechtliche Schritte an und stellte den Einsatz von Pferden und Hunden im Polizeidienst grundsätzlich infrage. Diese pauschale Kritik greift aus Sicht der GdP zu kurz.

Diensthunde und Dienstpferde verfügen über einen hohen taktischen Einsatzwert. Sie sind vielseitig, effektiv und lageangepasst einsetzbar. Für die Polizei Baden-Württemberg sind sie unverzichtbare Einsatzmittel.

Dienstpferde: Präsenz kann bereits deeskalieren

Gerade bei Großveranstaltungen, Versammlungen und Fußballspielen bieten Polizeipferde besondere taktische Möglichkeiten.

Die erhöhte Position ermöglicht den Polizeireiterinnen und Polizeireitern einen gu-

ten Überblick über größere Menschenansammlungen. Berittene Kräfte können Menschenströme lenken, Räume sichern und Absperrmaßnahmen unterstützen.

Dabei muss es nicht immer zum unmittelbaren Einsatz kommen. Bereits das sichtbare Auftreten einer Reiterstaffel kann Wirkung entfalten. Die Präsenz der Tiere schafft Wahrnehmung und Distanz und kann dadurch zur Deeskalation beitragen.

Diese besonderen Fähigkeiten lassen sich nicht ohne Weiteres durch andere Führungs- und Einsatzmittel ersetzen.

NRW: Dienstpferde abgeschafft und wenige Jahre später wieder eingeführt

Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen zeigt, welchen Stellenwert berittene Polizeikräfte haben können. Ende 2002 wurde dort die Auflösung der Polizeireiterstaffeln beschlossen und 2003 umgesetzt. Damals bestanden noch zehn Staffeln mit insgesamt 121 Dienstpferden. Bereits 2006 führte Nordrhein-Westfalen wieder Polizeireiterstaffeln ein. Zunächst wurden entsprechende Einheiten bei den Polizeipräsidien Düsseldorf und Dortmund eingerichtet.

Diese Entwicklung zeigt: Wer auf Reiterstaffeln verzichtet, verliert besondere taktische Einsatzmöglichkeiten. Nordrhein-Westfalen hat diese Entscheidung bereits nach wenigen Jahren korrigiert.

Diensthunde sind vielseitige Spezialisten

Auch unsere Diensthunde erfüllen ein breites Spektrum polizeilicher Aufgaben. Sie kommen unter anderem bei Schutz- und Zugriffseinsätzen zum Einsatz, suchen vermisste oder flüchtige Personen und unterstützen bei der Suche nach Betäubungsmitteln, Sprengstoffen oder anderen Gegenständen.



Foto: GdP MA (KI-generiert)

Dabei handelt es sich um speziell ausgebildete Tiere. Diensthunde und Dienstpferde werden systematisch auf ihre Aufgaben vorbereitet und an unterschiedliche Einsatzsituationen herangeführt. Dazu gehören Lärm, größere Menschenansammlungen und weitere Belastungen des Einsatzgeschehens.

Auch die Diensthundeführerinnen und Diensthundeführer sowie die Polizeireiterinnen und Polizeireiter erhalten eine besondere Ausbildung. Tier und Mensch bilden im Einsatz eine aufeinander abgestimmte Einheit.

Angriffe mit Pyrotechnik klar benennen

Der Schutz unserer Diensttiere muss bei der Planung und Durchführung von Einsätzen berücksichtigt werden. Daran besteht kein Zweifel.

Wenn allerdings Raketen, Böller oder andere pyrotechnische Gegenstände in Richtung von Polizeikräften oder Diensttieren geworfen oder abgeschossen werden, muss auch die Ursache der konkreten Gefährdung klar benannt werden.

Wer Pyrotechnik gegen Einsatzkräfte oder in unmittelbarer Nähe von Diensttieren einsetzt, gefährdet Tier und Mensch.

Nach den Ereignissen in Mannheim muss deshalb insbesondere aufgearbeitet werden, wer für solche Handlungen verantwortlich ist. Vorhandene Videoaufzeichnungen müssen ausgewertet, Tatverdächtige identifiziert und die Straftaten konsequent verfolgt werden.

Diensttierschutz und professioneller Polizeieinsatz stehen nicht im Widerspruch

Unsere Diensthunde und Dienstpferde verdienen Schutz und Respekt. Gleiches gilt für die Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam mit ihnen ihren Dienst leisten.

Für die Polizei Baden-Württemberg bleiben Diensthunde und Dienstpferde aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten und ihres hohen taktischen Einsatzwertes unverzichtbar.

Thomas Mohr,
Vorsitzender GdP-Mannheim

DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

ISSN 0170-6381

Geschäftsstelle
Gewerkschaftshaus
Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 252806-23
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Thomas Mohr (V.i.S.d.P.)
Öffentlichkeitsarbeit
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
redaktion@gdp-bw.de
Telefon: (0176) 24924459

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 2. Oktober 2026 und für die Dezember-Ausgabe der 30. November 2026.

RON TV | REGION

HOCHRISIKOSPIELE
VEREINE AN POLIZEIKOSTEN BETEILIGEN



EINSATZKOSTEN IM MILLIONENBEREICH

Der Polizeieinsatz beim Derby in Mannheim dürfte allein bei den Personalkosten mehr als eine Million Euro kosten.

Rund 1.400 Polizeikräfte waren im Einsatz.

Bisher kommt der Steuerzahler für solche Einsätze auf. Die GdP fordert deshalb: Die Fußballvereine sollen sich künftig an den Kosten beteiligen.

> „Außergewöhnlicher Einsatzaufwand darf nicht allein beim Steuerzahler verbleiben."
>
> Thomas Mohr, GdP-Vorsitzender Mannheim

PRESSEMITTEILUNG — Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg

Ausschreitungen beim Derby Mannheim gegen Kaiserslautern

Stadionallianzen müssen Konsequenzen haben

Mannheim, 23. August 2026

Nach dem massiven Einsatz von Pyrotechnik, einem Platzsturm und gewalttätigen Auseinandersetzungen fordert die GdP Baden-Württemberg eine konsequente Aufarbeitung.

- Sicherheitskonzepte müssen tatsächlich greifen.
- Straftaten müssen verfolgt und individuell sanktioniert werden.
- Vereine müssen stärker Verantwortung übernehmen.
- Die Einsatzkräfte benötigen ausreichende personelle und materielle Ressourcen.

> „Rivalität gehört zum Fußball. Gewalt gehört nicht dazu."
>
> Ulf Dieter, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg

Foto: powerbeephoto/Adobestock

ZDFheute SPORT

ÜBER 100 VERLETZTE BEI DFB-POKALSPIEL
Rufe nach harten Konsequenzen werden laut

23. August 2026

Nach dem Pokalspiel zwischen Waldhof Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern stehen die schweren Ausschreitungen im Mittelpunkt.

Rund 1.400 Polizeikräfte waren im Einsatz. 35 Polizeibeamte wurden verletzt.

Die GdP fordert langfristig wirksame Stadionverbote, stärkere Kontrollen und eine Beteiligung der Vereine an außergewöhnlichen Einsatzkosten.



> „Wer durch Hochrisikospiele einen außergewöhnlich hohen Polizeiaufwand verursacht, muss sich angemessen an den zusätzlichen Einsatzkosten beteiligen."
>
> Thomas Mohr, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

BILD SPORT — 28. August 2026

NACH SKANDAL-DERBY IN MANNHEIM

POLIZEI WEHRT SICH GEGEN PETA-KRITIK



PETA kritisiert den Einsatz von Diensthunden und Dienstpferden. Die GdP Mannheim weist die Forderung nach einer Abschaffung der Einheiten zurück.

> „Diensthunde und Dienstpferde sind für die Polizei Baden-Württemberg unverzichtbar."
>
> Thomas Mohr, GdP-Vorsitzender Mannheim

HOHER TAKTISCHER EINSATZWERT

Reiterstaffeln schaffen Überblick, lenken Menschenströme, sichern Räume und unterstützen Absperrmaßnahmen.

PYROTECHNIK GEFÄHRDET TIER UND MENSCH

Verantwortlich sind diejenigen, die Raketen und pyrotechnische Gegenstände einsetzen.

Fotos: GdP-MA (KI-generiert)

RON TV

HEUTE LIVE
IM RTL REGIONALFERNSEHEN

Im Gespräch zu den Konsequenzen aus dem Skandal-Derby!



THOMAS MOHR
GdP-Vorsitzender Mannheim

KONSEQUENZEN AUS DEM SKANDAL-DERBY

25.08.2026 | 18:00 Uhr

BEITRAG ANSEHEN

Gewerkschaft der Polizei Mannheim

DIE RHEINPFALZ

Ludwigshafener Rundschau

„Jede Grenze überschritten"

MEINUNG AM MONTAG: Pyrotechnik, Platzsturm und Verletzte: Polizeigewerkschafter Thomas Mohr erklärt, wo das Sicherheitskonzept in Mannheim bei dem Skandal-Derby im Pokal zwischen Waldhof und dem FCK am Abend des 21. August aus seiner Sicht versagt hat. Im Gespräch mit Oliver Seibel fordert er Konsequenzen.





Thomas Mohr

Quelle: PoliDrive



Quelle: GdP FRAUEN-GRUPPE (KI-generiert)



Quelle: Uli Deckert



Quelle: Staatsanzeiger

STAATSANZEIGER



BOS-Tag 2026

Kritische Infrastrukturen schützen

JETZT ANMELDEN!

Der Staatsanzeiger BOS-Tag ist ein Fachtag für Führungskräfte und Entscheidungsträger:innen aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Im Fokus steht in diesem Jahr ein Thema von höchster gesellschaftlicher Relevanz: der Schutz kritischer Infrastrukturen. Am 19. November im Landratsamt Rastatt.

Weitere Informationen unter:
bos-tag.staatsanzeiger.de

Quelle: GdP-MA (Ki-generiert)

EIN SERVICE DER

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Bezirksgruppe PP Mannheim

NACHLASS-MANAGER

Vorsorge übersichtlich regeln.

Angehörige gezielt entlasten.

FÜR MITGLIEDER DER GdP MANNHEIM

- Persönlicher Vorsorge-Check
- Dokumentenvorlagen
- Hinterbliebenenservice

Beamte · Tarifbeschäftigte · Ruhestand

VORSORGE, DIE HILFT.

Alles Wichtige an einem Ort

JETZT ÖFFNEN

QR-Code scannen

nachlass-manager.gdpmannheim.de

GdP Mannheim

Hinterbliebenenhilfe und Vorsorge

Quelle: PVAG-Versicherung (Jürgen Rittel)



Bequemer als der Einstieg in einen GruKW.

Deine private Kfz-Versicherung der PVAG.

Du beginnst Deine Karriere bei der Polizei und bist GdP-Mitglied?

Dann steigst Du mit Schadenfreiheitsklasse ½ mit einem Beitragssatz von nur 70% in Deine private Kfz-Versicherung ein. Selbstverständlich inklusive der leistungsstarken Konditionen!

Lass' Dir gleich ein persönliches Angebot erstellen!

PVAG Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON

Gewerkschaft der Polizei

SIGNAL IDUNA

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG
Zielgruppenmanager ÖD
Jürgen Rittel

Mies-van-der-Rohe-Str. 6
80807 München
Telefon 089-55144110
Mobil 0160-7233808
juergen.rittel@signal-iduna.de
www.pvag.de

Kontaktdaten scannen!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg, ist Kooperationspartner des BOS-Tag 2026. Mitglieder bekommen 10 Prozent Rabatt. Der Code kann über events@gdp-bw.de angefordert werden.